

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Anstalt: Amt Dresden Nr. 31.302
Zentral-Verlag: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Danzig-Konto: Stadtbank Dresden, Stroßstraße Blasewitz Nr. 408
Post-Konto: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbereich) der Gemeinden Wachwitz, Niederporitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Berner beide in Dresden.

Druckerei: Schmidt & Co., Dresden-Blasewitz. — Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Preititz. — Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zellenpreis in Anrechnung gebracht. Redaktion/Druck: d. verpfl. Zeitung, Straße od. Konfurs d. Auftraggeber

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tollenwitzer Str. 4
91. Jahrgang

Nr. 34

Montag, den 10. Februar

1930

Deutschlands Zukunft ist gefährdet, wenn das Polenabkommen angenommen wird

Auf einer großen Kundgebung des Deutschen Ostmarkenvereins wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Polen wird durch den sogenannten Neuen Plan von der durch das Versailles Diktat ihm auferlegten Verpflichtung befreit, für das übernommene deutsche Staatseigentum Ersatz zu leisten.

Ein Geschenk von rund 25 Milliarden fällt ihm damit in den Schoß und stärkt seine politische und wirtschaftliche Stellung.

Diesem Geschenk tritt das Liquidationsabkommen, ein weiteres nicht minder ungeheuerliches, hinzu. Es befreit Polen von seiner unter größtem Rechtsbruch bisher gar nicht oder völlig unzulänglich erfüllten Verpflichtung, die enteigneten Deutschen voll zu entschädigen, und überträgt die Verpflichtung auf Deutschland. Der Verzicht Polens auf weitere Liquidationen, nachdem diese zum größten Teil bereits durchgeführt sind, und der Verzicht auf das Wiederkaufsrecht gegenüber den deutschen Ansiedlern rechtfertigt nicht so ungeheure wirtschaftliche und politische Opfer. Kein Deutscher, der mit offenen Augen das bisherige Verhalten Polens verfolgt hat, kann glauben, daß Polen jetzt eine Politik aufgeben wird, die es unter größter Mißachtung des klaren Rechts in den zehn Jahren seines Bestehens getrieben hat.

eine Politik, die immer unverhüllter dem Erwerb deutscher Gebiete zustrebt.

Mit dem Liquidationsabkommen wird es Deutschland unmöglich gemacht, sich mit ganzer Kraft einzusetzen für unsere Lebensfragen im Osten: Die Beseitigung des durch eine unbillige Grenzziehung uns zugefügten Unrechts. In schwerster Schicksalsstunde des deutschen Volkes fordern wir deshalb vom Deutschen Reichstag Ablehnung des Liquidationsabkommens.

Lettland hat sein Wort gebrochen

Auf die Meldung, wonach die litauische Regierung allen reichsdeutschen Lehrern Mitteilung von ihrer bevorstehenden Ausweisung gemacht habe, hat die Reichsregierung den deutschen Gesandten in Rom angewiesen, sofort Vorstellungen zu erheben.

Die Ausweisungsanordnung ist um so ungeheuerlicher, als gegenwärtig zwischen der Reichsregierung und Litauen Verhandlungen über die Verhältnisse der reichsdeutschen Lehrerschaft schweben und die Vereinbarung getroffen wurde, daß bis zum Abschluß dieser Verhandlungen keinerlei Veränderungen erfolgen sollten.

Staatssekretär Joel scheint unentbehrlich

Der Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Joel, der im Mai sein 65. Lebensjahr erreicht hat und gemäß den gesetzlichen Bestimmungen ausscheiden müßte, wird auf Beschluß des Reichskabinetts ein weiteres Jahr im Amt bleiben.

Kein Vorwärtstkommen!

Verlegenheit

Aus Berlin wird gemeldet: Der Gang, den die bisherigen Beratungen über die Aufstellung des Haushaltsplanes für 1930 und die damit verbundene finanzielle Sanierung des Reiches und der Länder genommen haben, ist höchst unbefriedigend und steht in feilsamem Gegensatz zu der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Angelegenheit. Wenn bisher auch offene Konflikte nicht zu verzeichnen sind, so läßt doch die Tatsache, daß man sich bis jetzt nicht an Entscheidungen gewagt hat, den Verdacht aufkommen, daß die Schwierigkeiten größer sind, als vielfach angenommen worden ist.

Fest steht bisher eigentlich nur die Höhe des Defizits des neuen Reichshaushalts, das bekanntlich auf 700 Millionen veranschlagt wird. Zu einer programmatischen Festlegung über die Gestaltung des Staats- und der Verwaltungsmöglichkeiten ist man weder innerhalb des Kabinetts noch in den Besprechungen mit den Parteiführern gelangt. Anscheinend ist die bekannte Forderung des Zentrums, die Regierungsparteien auf ein festes Finanzprogramm noch vor der Beratung der Young-Gesetze im Reichstag festzulegen, auf keinen fruchtbaren Boden gefallen.

Auf der Suche nach einem Ausweg

Von parlamentarischer Seite erfahren wir, daß man sich in den Kreisen gewisser Regie-

rungsparteien augenblicklich mit dem Vorschlag einer Kompromißlösung in der Frage der Finanzreform und der Budget-Aufstellung beschäftigt, dahingehend, daß die beabsichtigte Erhöhung der Verbrauchssteuern, also der Biersteuer und der Zölle auf Tee und Kaffee, zunächst nur für ein Jahr Geltung haben solle, entsprechend dem einjährigen Aufschub, den auch die Steuerentlastungen erleiden müssen.

Diese Lösung würde aber nur bedeuten, daß man sich mit einem Notbehelf zufriedengibt und eine wirkliche und organische Sanierung der Finanzen auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wäre. Ob ein solches Umgehen der Schwierigkeiten im gegenwärtigen Augenblick zu verantworten ist, darf sich insbesonders die Länder, gestützt auf Zentrum und Bayerische Volkspartei,

Beschlossene Gewerkschafts- front

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften aller Richtungen protestieren gegen die Forderung des Defizits der Arbeitslosenversicherung durch eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Sie befürchten davon eine Gefährdung der gesamten Sozialversicherung. Der Finanzminister hält die Befürchtungen der Gewerkschaften für unbegründet, da das Reich volle Sicherheit gewähre und die Darlehen auch voll verzinst.



Hindenburg auf der „Grünen Woche“

Reichspräsident von Hindenburg besuchte am Freitag das im Rahmen der Berliner „Grünen Woche“ stattfindende große Reit- und Fahrturnier und unternahm am Sonnabend einen Rundgang durch die Ausstellung der „Grünen Woche“. Unser Bild zeigt rechts die Ankunft Hindenburgs in Feldmarschallsuniform vor der Turnierhalle, links den Präsidenten beim Gang durch die Ausstellung.

Die „Grüne Woche“ war ein voller Erfolg

Die am Sonntag abgeschlossene fünfte Grüne Woche Berlin brachte in acht Tagen über 300 000 Besuchern im Laufe von neun Tagen einen der größten Berliner Veran-

staltungserfolge. Dieses Ergebnis ist um so bedeutender, als die bekannten Wirtschaftsverhältnisse in der Landwirtschaft, die auch in diesem Jahr den wesentlichsten Teil der Besucher stellte, alles andere als ein glänzendes Ergebnis erwarten ließen. Auch hinsichtlich des wirtschaftlichen Verkaufserfolges kann von einem befriedigenden, in einzelnen Abteilungen sogar besonders guten Abschluß gesprochen werden.

Auf, in die Getreidekammer!

Die Italiener pflegen es eine Schlacht zu nennen, wenigstens die Faschisten von heute, wenn sie in einer Lebensfrage des italienischen Volkes sich an die Massen wenden und

durch umfassende Aufklärungsarbeit den Lebenswillen der Allgemeinheit in eine bestimmte Richtung zu lenken

suchen. Der Ausdruck Schlacht klingt uns fremdartig, dennoch ist es ein Ringen um die Volkseele, um den Willen unseres Volkes, das jetzt einzufehen hat, wenn wir aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise herauskommen wollen.

Wie groß der Jammer ist, wird jedem anschaulich zu Gemüte geführt, der die erstaunliche Kunde hört, daß hervorragende Führer der deutschen Industrie dieser Tage den Vorschlag machten, trotz des Youngplans die Industriebelastung noch fünf Jahre fortbestehen zu lassen und die Ertragsnisse der Landwirtschaft zu niedrigeren Zinsen zur Verfügung zu stellen. Das Solidaritätsbewußtsein unserer Wirtschaftsführer in allen Ehren! Kann damit aber die Agrarkrise beseitigt und die Wirtschaftskrise in ihren Fundamenten saniert werden? Rafften wir uns auf, die Wahrheit hören zu können!

In den letzten Jahren geschah wie in Italien und Frankreich so auch bei uns alles, um die Getreideernte zu steigern.

Vergleichen wir die Ernteergebnisse von 1924 und 1929,

dann ergibt sich folgendes Bild: Der Ertrag der Weizenernte stieg von 23,6 auf 33,5 Millionen, Roggen von 66,5 auf 81,5 Millionen, Gerste von 23,3 auf 31,8 Mill. und Hafer von 60,1 auf 73,8 Millionen Doppelzentner. Die gesamte deutsche Körnerernte stieg somit in dem genannten Zeitraum von 183,5 auf 220,8 Millionen Doppelzentner, also um rund 20 Prozent.

Diese günstige Entwicklung, sollte man meinen, mußte der gesamten deutschen Landwirtschaft zum Segen gereichen. In Wirklichkeit haben wir eine Agrarkrise, wie wir sie schärfer in den 60er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts nicht hatten. Sieht man tiefer in die Krisis hinein, dann erkennt man, daß wir

erstens eine Rentabilitätskrise und

zweitens eine Abnahmkrisis

haben. Ist letztere gelöst, dann folgt erstere auf dem Fuße in der Lösung nach.

Das deutsche Volk hat vor dem Kriege 65 Kilo Roggenmehl und 56 Kilo Weizenmehl pro Kopf der Bevölkerung im Jahre verzehrt. Im letzten Wirtschaftsjahre lauten die entsprechenden Ziffern 52 und 56 Kilo. Daraus ergibt sich, daß der Verbrauch an Weizenmehl der gleiche blieb, der Roggenmehlverbrauch dagegen um rund 20 Prozent sank. Gerade diese 20 Prozent bilden aber den Ueberdruck unserer Roggenbilanz in einem guten Erntejahr, der einen unheilvollen Druck auf den Roggenmarkt ausübt und die ganze Rentabilität des Roggenbaues über den Haufen wirft. Daraus

ergibt sich der Schluß, daß wir mehr Roggenbrot essen müssen.

Vor dem Kriege waren wir stolz auf das „Brot in Germanen“, soweit unsere Industrieerzeugnisse in Frage kamen. Es ist eine Forderung des gesunden Menschenverstandes, daß wir den gleichen Stolz jetzt für unsere Agrarprodukte haben.

Der Reichsernährungsminister Dr. Dietrich-Baden ist uns mit gutem Beispiel vorangegangen, als er sein Vermählungs-gesetz für die deutschen Wählen im Reich-